

glieder dürfen aus dem Umkreise der Reichsministerien zu entnehmen sein. Den Vorsitz führt der Reichskanzler.

Der zweite Teil der Kundgebung enthält die Maßnahmen, die zur Lösung des Gesamtproblems in Aussicht stehen, vor allem den fröschlichen Schlussaus, daß man wenigstens über die Vereinfachung der Reichsgerichtsverwaltung demnächst Vorschläge im Reichsrat, freilich nur für den engen Bereich der Reichsverwaltungsgerichtsbarkeit hören wird. An zuständiger Stelle hält man diesen Punkt für besonders bedeutungsvoll, da er eine neue Verwaltungsprozeßreform ergeben könnte. Die finanziellen Fragen zwischen Reich und Ländern soll gleichfalls ein Auskunft prüfen, der dann Vorschläge zu geeigneten Maßnahmen machen soll. Dieser Auskunft wird nach amtlicher Erläuterung aus dem preußischen und badischen Finanzminister, ferner den Finanzvertretern Hamburgs und Thüringens bestehen, dem der Reichsfinanzminister vorsieht. Konkret sind schließlich die Punkte, die die Verwaltungsreform betreffen. Die längst gewünschte Zusammenlegung von bisher nebeneinander — und nicht selten gegeneinander — arbeitenden Behörden soll durchgeführt werden. Auch die Bezirke der Post- und Mittelbehörden plant man zweckmäßig abzugrenzen. Das alles soll in engster Verbindung der Länderregierungen mit der Reichsregierung erfolgen und der Reichspolizeikommissar soll dabei natürlich berangezogen werden, weshalb die Länderregierungen gehalten sind, ihm Einblick in die in Betracht kommenden Verhältnisse zu geben. Die nähere Durchprüfung der einschlägigen Fragen soll der erste große Aufsicht übernehmen.

Das ist also das vorläufige Ergebnis der Beratungen über ein Problem, das die deutsche Öffentlichkeit seit Monaten, ja seit Jahren, die deutsche Länderkonferenz drei Tage lang beschäftigt hat. Von der Agitation der Linken, die mit ihrer Einheitsstaat-Propaganda nicht eigentlich staatspolitische, sondern partizipative Ziele zur Vorberührung der kommenden Wahlen verfolgt hatte, ist nicht viel übriggeblieben. Unmerklich waren diese Kräfte stark genug, um zu verhindern, daß aus der Länderkonferenz eine großzügige, soweit zeitweilige Planung hervorging. Der Grund alles Neuen wurde schon oben angedeutet, als auf das parlamentaristische System, das jeder wirklichen sozialistischen Leistung im Wege steht, hingewiesen wurde. Die Parlamente werden sich nicht selbst ausschalten. Sie werden weiterwirken, wie sie es bloß geben haben, und alles verhindern, was ihren Machtkreis einschränken könnte. Das liegt in ihrem eigenen Wesen. Freilich läßt auch die Weimarer Verfassung die Möglichkeit eines gewissen diktatorischen Vorgehens im Ernährungsparagraphen offen. Wirklich große Dinge geschehen selten ohne Zwang. Vielleicht ist die ultima ratio einer durchsetzenden Verwaltungsreform nur auf solchem Wege denkbar.

Keine Aussichten für den Einheitsstaat.

Die Baurische Volkspartei zur Länderkonferenz.

München, 18. Jan. Die Baurische Volksparteilokalgruppe schreibt zu der Berliner Länderkonferenz, diese sei alles andere gewesen als ein Propagandaschlag für die Unitaristen. Als Ergebnis der klärenden Aussprache siehe vielmehr fest, daß die Einheitsstaatsidee noch keiner Seite hin reißt zur Verwirklichung sei, und daß die Aussichten eines zukünftigen Einheitsstaates unendlich viel geringer seien, als es die Propaganda der Unitaristen wahrmachen wollte. Je mehr sich das Einheitsstaatstum als eine Utopie entstülpe, desto aussichtsreicher müßten alle jene Versprechungen gewertet werden, die die allgemein als notwendig erkannten Reformen auf der bundesstaatlichen Grundlage der geltenden Reichsverfassung durchführen wollen. Allerdings — und diese Erkenntnis dürfe als ein Ergebnis der Länderkonferenz gebracht werden — sei die Zeit zu irgendeinem grundlegenden Verfassungsreformen bei weitem noch nicht gekommen. Die Diagnose dieser Länderkonferenz gehe dahin, daß gar nicht daran gedacht werden könne, daß der Einheitsstaat zu erwarten sei. Reichstag und Reichsregierung seien nunmehr vor die entscheidende Frage gestellt, endgültig mit den Methoden der Ausbildungspolitik zu brechen, die als Versuch einer trockenen Unitarisation zu kennzeichnen seien. Allein eine solche ehrliche Abkehr werde nicht nur den Verfassungsfrieden bringen, sondern auch die Zeit reißen machen für die eines Tages notwendigen Verfassungsreformen.

Reichsgründungsfeier der Volkspartei.

Berlin, 18. Jan. Heute abend fand unter außerordentlich starker Beteiligung die traditionelle Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei statt, an der auch zahlreiche führende Persönlichkeiten der Wirtschaft, der Wissenschaft und Kunst teilnahmen. Die Festrede hielt für den durch Kranheit verhinderten Reichsminister des Inneren Dr. Stresemann der Senator der Partei, Geh. Rat Kahl. Er gab in seiner Festrede zunächst einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Reichsgedankens und erklärte weiter: Das Weltbeben hat die Kaiserkrone zerstochen, aber das Reich ist geblieben, mit dessen Bestand wir alle mit unserem Glück, unserer Arbeit, unserer Freiheit notwendig verbunden sind.

Seit Jahren sucht die deutsche Volkswertreibung nach einem nationalen Feiertag. Einen besseren als den 18. Januar kann man nicht finden.

An keinem wird dem deutschen Volke der ganze unendliche Reichtum seiner tausendjährigen Geschichte so groß, so schlicht und so plastisch vor Augen gestellt. In der Erinnerung an die Reichsgründung wird die Pflicht der Reichserhaltung zum heiligen Gelöbnis erhoben. Die Aufgabe der Reichserhaltung tritt uns jetzt eben als riesengroßes Problem entgegen in den Vorbereitungen der Reichserneuerung. Unitarismus und Föderalismus, Einheitsstaat oder Bundesstaat bleiben Schlagworte, wenn sie nicht in Verbindung gebracht sind zu der Aufgabe der Reichserhaltung. Zu ihr gehört nicht bloß die Sammlung der wirtschaftlichen Kräfte, sondern vor allem ein innerliches und seelisches Moment,

die Erhaltung der Reichsfreidigkeit.

Dies muß bei der Neugestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern immer der oberste Richtpunkt sein. Jede Einzelfrage, ob wirtschaftlich, ob kulturell, jedes politische Problem, muß unter den höchsten Maßstab der Reichserhaltung gestellt werden: „Nimmer wird das Reich zerstört, wenn Ihr einstund und treu.“ Ein Hoch auf Vaterland und Reich und der Gesang des Deutschland-Liedes schloß die offizielle Feier.

Die tschechische Demarche in Genf erfolgt.
Kollektivschrift der kleinen Entente zwangs Herbeiführung eines Investitionsverfahrens gegen Ungarn.

Genf, 18. Jan. Wie wir erfahren, hat die Ständige Delegation des Tschechoslowakischen beim Völkerbund telegraphisch von der Prager Regierung die Instruktion erhalten, beim Generalsekretariat des Völkerbunds offiziell eine Untersuchung des ungarischen Wassentransportes bei der Station St. Gotthard zu beantragen. Die Demarche des tschechoslowakischen Delegierten wird jedoch erst erfolgen, nachdem die Delegierten Ingolstadtens und Rumäniens beim Völkerbund die gleichen Interaktionen von ihren Regierungen erhalten haben. Die drei Delegierten der kleinen Entente werden sodann beim Völkerbund in einem Kollektivschrift in gleichlauenden Noten den Antrag der Mächte der kleinen Entente auf Eröffnung des Investitionsverfahrens gegen Ungarn einbringen. Man nimmt an, daß die Demarche noch im Laufe des heutigen Tages oder am morgigen Tage erfolgen wird.

Kämpfendes Deutschland.

Völlige Verwaltung Südtirols.

Bozen, 18. Januar. Das Königl. Schulamt von Trient, dem das Schulwesen von Südtirol untersteht, hat den Ordinariaten von Trient und Südtirol den Regierungsbeschluss mitgeteilt, wonach in Zukunft in sämtlichen Volksschulen des deutschen Sprachgebietes in Südtirol der Religionsunterricht ausschließlich in italienischer Sprache erteilt werden muß. Im größten Teil des Landes wurde der Religionsunterricht auch seit der im Herbst 1922 begonnenen Italienisierung der Volksschulen bisher noch in deutscher Sprache erteilt. Nun nimmt die Regierung alle sowohl den Hohen Stuhl wie den Landesbischofs in dieser Hinsicht gemachten Geständnisse zurück und verbietet ausdrücklichlos den Religionsunterricht in der Muttersprache. Gleichzeitig hat das Schulamt in Trient durch ein Rundschreiben an die Schulleitungen Südtirols den Gebrauch deutscher Lehrbücher (Katechismen) verboten. — Mussolini macht es wie Bolemaras. In den Unterredungen in Genf äußerte er Stresemann mögliche Wahrung des kulturellen Eigenlebens der südtiroler Deutschen zu. Was von diesen Versprechungen zu halten ist, das zeigt die neue Trienter Verordnung.

Ottomische „Befreiungsfeiern“ in Memel.

Memel, 17. Jan. Am vergangenen Sonntag landen im ganzen Memelgebiet ausführlich der fünfjährige Biederkehrs Tag der Belebung des Memelgebietes durch Litauen zahlreiche litauische Feiern statt. Die Mehrheit der Bevölkerung stand, wie auch in den Vorjahren, diesen Feiern natürlich ablehnend fern, da man es im Memelgebiet ablehnt, einen Tag feiern zu begehen, der dem Gebiet nur Demütigungen, Rechtsverlebungen und Wirtschaftskrisen gebracht hat. Um so mehr aber wurde dieser Tag von den großlitauischen Elementen dazu benutzt, den angeblich litauischen Charakter des Memelgebietes hervorzuheben. Dabei wurden diese Elemente von Großlitauern aus nach Kräften unterstützt, was wiederum durch zahlreiche Zugang aus Kowno in Erscheinung trat.

Lambert Scheidel aus der Saar-Regierung.

Genf, 18. Januar. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat ein Schreiben des belgischen Mitgliedes der Saarregierung, Lambert, erhalten, worin dieser seinen Rücktritt zum 31. März d. J. mittelt. In dem Schreiben weist Lam-

bert darauf hin, daß er seit der Bildung der Saarregierung im Februar 1920 deren Mitglied sei. Er schaue das Vertrauen doch ein, daß der Völkerbundrat ihm vertrauen habe, indem er ihn nunmehr 8 Jahre auf seinem Posten bestellt habe. Aus rein persönlichen Gründen halte er jedoch die Verlängerung seines am 31. März ablaufenden Mandates nicht mehr für nützlich. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat das Rücktrittsschreiben Lamberts sofort sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundrates zur Kenntnis gebracht. In den Kreisen der saarländischen Bevölkerung wird der Rücktritt Lamberts zweifellos mit Genugtuung begrüßt werden, da Lamberts Verhalten nicht geeignet war, ihm die Sympathien der saarländischen Bevölkerung zu gewinnen.

Ein französisches Anti-Autonomiestegele.
Paris, 18. Jan. Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die elässische Autonomiebewegung rütteln sich bekanntlich bisher auf ein französisches Gesetz vom Juli 1891, das die Strafsetzung von Bestrebungen vorsieht, die gegen die territoriale Unversehrtheit des Landes gerichtet sind. Die französische Regierung hat nunmehr in der Kammer einen Gesetzentwurf eingereicht, nach dem mit Gefängnis von ein bis fünf Jahren und Geldstrafen von 100 bis 5000 Franken bestraft wird, wer sich Mandat zu schulden kommen läßt, die das Ziel vertreten, einen Teil des französischen Gebietes der Autorität der französischen Regierung zu entziehen.

Paris, 18. Jan. Die drei Autonomiesträger Dr. Rossé, Pastor Hirsel und der frühere Bauklie Bünck, die sich angesetzt in Basel aufzuhalten, haben von dort aus ein Plakat an das französische Volk gerichtet, in dem lebhafter Protest gegen die französische Gewaltpolitik in Elsass-Lothringen erhoben wird. Die Weltmeinung wird zum schärfsten Einprägung ausgerufen.

Waffenfund in Innsbruck?

Innsbruck, 18. Januar. In der Devotionalienhandlung und Rosenkranzfabrik des Tiroler Volkspartei angehörenden Abgeordneten und Vizebürgermeisters von Innsbruck soll auf Grund einer Anzeige beim Stadtpolizeiamt eine Hausdurchsuchung vorgenommen sein, bei der angeblich ein Dutzend Kisten mit Waffen für die Tiroler Heimatwehr gefunden wurden. Die gefundenen Waffen wurden auf Anordnung der Landesregierung beschlagnahmt.

Der unmögliche Dawes-Plan.

Der Export-Uberschuh nicht aufzubringen.

New York, 18. Jan. Auf der Jahresversammlung der Aktionäre der International Acceptance Bank berichtete der Vorsitzende des Aussichtsrates, Paul M. Warburg, in seiner Rede auch das Reparationsproblem. Unter Hinweis auf den letzten Bericht Parker Gilberths, der die Rechtfertigung der Gesamtsummen Deutschlands antreibt, erklärte Warburg: Die Bedeutung dieser Rechtfertigung könne nicht übertrieben werden. Es sei zu hoffen, daß der Zeitpunkt nicht fern sei, wo ein never Satisfactory Plan ausgearbeitet und als endgültige Lösung angenommen werde. Es sei auf die Dauer verschwendisch und verderblich, die Unmöglichkeiten des Dawes-Planes durch seine tatsächliche Ausführung zu beweisen. Awar soll es Deutschlands Aufgabe sein, alles in seiner Macht stehende zu tun, sich den Bestimmungen des Dawes-Planes anzupassen, aber

es sei doch die Frage, durch welches Wunder ein Exportüberschuh Deutschlands von 2½ Milliarden Reichsmark bei einem Gesamtexport von 10 Milliarden Reichsmark für eine lange Reihe von Jahren angesichts der vorhandenen Föllschranken erzielt werden solle.

Am Schlus seiner Rede erklärte Warburg noch, daß, obwohl die Auslegung deutscher Anleihen infolge der Gilberth-Note vom 20. Oktober plötzlich aufgehört habe, es als sicher anzunehmen sei, daß der amerikanische Markt bald wieder Anleihen für produktive Zwecke öffnen werde.

Was Frankreich für sich fordert.

Paris, 18. Jan. Neben den gestrigen Empfang Parker Gilberths am Quai d'Orsay berichtet der "Excelsior", daß der Reparationsagent dem französischen Außenminister von der gegenwärtigen amerikanischen Meinung über das Reparations- und Kriegsschuldenproblem in Kenntnis gesetzt habe. Am Zusammenhang damit stellt das Blatt als ständige These der französischen Regierung fest: Keine Verringerung der durch das Statut von London festgestellten deutschen Reparationschuld ohne entsprechende Verringerung der internationalen Schulden und ohne einen genügenden Nachlauf des Schuldenbaldes der inneren Anleihen, die den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ermöglichen sollen.

Gilbert sagt Briand die Meinung.

Neue Verquidung der Schulden- und Reparationsfrage.

Berlin, 18. Jan. Der "New York Herald" meldet aus Paris: Parker Gilbert habe als "privater amerikanischer Bürger" in einer langen Unterredung mit Briand jede Hoffnung Frankreichs, daß die Reparations- und die Kriegsschuldenfrage gleichzeitig be-

handelt werden könnten, gestrichen. Gilbert werde den gleichen Standpunkt auch gegenüber Poincaré betonen. Er habe erklärt, daß die "geschäftsmäßige Regelung" der Reparationsfrage innerhalb der nächsten zwei oder drei Jahre, wahrscheinlich noch vor Ablauf des zweiten Jahres der deutschen Höchstleistungen vorbereitet werden solle. Was die Schuldenfrage betrifft, so sei es für Frankreich zunächst das Beste, zu bezahlen und jede Möglichkeit auf Zahlungserleichterung der Zukunft zu überlassen. Frankreich müsse zunächst einmal guten Willen zeigen und seinen Verpflichtungen gegenüber Amerika so weit wie nur irgend möglich nachkommen.

Um die einjährige Dienstzeit in Frankreich.

Paris, 18. Jan. Ministerpräsident Poincaré erschien heute nachmittag in Begleitung des Kriegsministers Painlevé in der Heereskommission der Kammer, um die zu einem Kompromiß in der Frage der gesetzlichen Festlegung des Termins für die Einführung der einjährigen Militärdienstzeit zu bewegen. Die Kommission, die sich bisher zum Kriegsminister in schwierigem Gegensatz befand, weil dieser eine Festschreibung des Termins ablehnte, stimmte schließlich dem von Poincaré angeregten Wortlaut des französischen Gesetzes mit 17 zu 4 Stimmen zu. Die einjährige Militärdienstzeit wird also gleichzeitig für den 30. November 1920 festgesetzt, aber es soll zu deren praktischer Durchführung nur unter der Voraussetzung geschritten werden, daß die hierfür als notwendig erkannten Bedingungen erfüllt sind.

Paris, 18. Januar. Zu Beginn der gestrigen Nachmittagssitzung der Kammer stellte bei Weiterberatung des Rekrutierungsgegesetzes der sozialistische Abgeordnete Renaud den Antrag, daß es dem Parlament überlassen möge, anlässlich der Budgetberatung darüber zu beschließen, ob eine Einberufung der Reserve alljährlich geboten sei. Gegen diesen Antrag wandte sich Kriegsminister Painlevé, der betonte, daß ohne Rekrutierungsübungen die Sicherheit nicht gewährleistet werden könne. Er stellte gegen die Annahme des Antrages die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde mit 150 gegen 180 Stimmen abgelehnt.

Ein Versuch von sozialistischer und kommunistischer Seite, die Zeit für die Reservistenübungen auf fünfmal 12 Tage für die ersten elf Jahre der Reservezeit herabzusetzen, hat auf jeweils 21. wurde gleichfalls abgelehnt. Oberst betonte Poincaré die Notwendigkeit längerer Reservistenübungen. Der Standpunkt der Sozialisten, daß dem Parlament die Entscheidung über das Stattdinden von Reservistenübungen vorbehalten bleiben müsse, um den Generalstab kontrollieren zu können, drang natürlich auch nicht durch.

Großbritanniens Sicherheit gerichtete Organisation aufgedeckt habe. Beider seien mit den Angeklagten nur zwei Mitglieder dieser Organisation gesetzt worden. Von den anderen, vor allem von dem oft genannten Dr. Odenthal, wisse man noch nichts. Die Anklagebehörde nehme jedoch an, daß Odenthal nur einen Decknamen für einen deutschen Berichterstatter darstelle. Die Verteidiger wiesen darauf hin, daß die Angaben des Hauptbelastungzeugen Mundt nur Phantasien seien.

König Alfons will sich scheiden lassen?

Der Spanisch nach einem gesunden Thronherben.
Paris, 18. Januar. Ein Pariser Mittagblatt bringt das Gericht, der König von Spanien wolle sich scheiden lassen. Der Überzeugung, daß seine Tochter, von denen der eine Taubstumme und der andere von Hemiplegie betroffen ist, mit einer Prinzessin zu verheiraten, von der einer einen Namen wortig sei. Der König ist unzufrieden mit einer Prinzessin zu verheiraten, von der einer einen Namen wortig sei. Im Balkan seien Verhandlungen zwecks Unglücksfallserklärung der bisherigen Ehe bereits im Gange und spreche bereits von der zweiten Tochter des Herzogs Gulé als zukünftiger Königin von Spanien. Diese Prinzessin habe Alfons XIII. bei der Vermählung der Anna von Gulé mit dem Sohn des Herzogs von Apulien kennengelernt. — Das Blatt, die Verantwortung für diese Meldung überlassen bleibt, schlägt aber schon jetzt seine Information voll und ganz aufrecht erhalten zu können.

Paris, 18. Januar. Der neue russische Botschafter, Dowgalewski, ist gestern in Paris eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Vertretern der französischen Regierung begrüßt.

Ein Deutscher als Spion in England verurteilt.

London, 18. Jan. An dem Spionageprozeß gegen George Haugen und Mac Garin wurde heute das Urteil gesprochen. Beide Angeklagten wurden zu zehn Jahren Knasthaus verurteilt, von denen zwei Jahre als Zwangsarbeit zu verbüßen sind.

Die Rede des Generalstaatsanwalts legte dor, daß die Zeugenvorlesung dieses Prozesses eine gefährliche, gegen